

Konjunkturprognosen in unsicheren Zeiten: Die trügerische Sicherheit der Zahlen

*Michael Ertl, Eva Six, Valentin Solder**

ZUSAMMENFASSUNG

In Zeiten multipler Krisen geraten Wirtschaftsprognosen zunehmend in die Kritik. Sie reichen über ihre statistische Tragfähigkeit hinaus und sind weit mehr als Modelle – sie strukturieren politische Debatten, beeinflussen Erwartungen und legitimieren Entscheidungen. Ihnen ist inhärent, dass sie auf Annahmen, Vereinfachungen und statistischen Zusammenhängen historischer Daten beruhen. Dabei orientieren sie sich an den Entwicklungen vergangener Jahre und setzen implizit voraus, dass sich die Zukunft ähnlich verhält. Besonders in einer krisengeprägten Zeit struktureller Umbrüche ist dies problematisch, weil sie mit scheinbarer Präzision Unsicherheit verdecken können. Der Beitrag untersucht, wie verlässlich Konjunkturprognosen heute noch sind, welche Rolle Prognosefehler spielen und wie Krisen messbar gemacht werden können. Abschließend wird diskutiert, wie ein verantwortungsvoller Umgang mit Prognosen aussehen könnte – durch breitere Wohlstandsindikatoren, verbesserte Datenverfügbarkeit und die systematische Einbeziehung von Risiko- und Krisenindikatoren.

SCHLÜSSELBEGRIFFE

Konjunkturprognose, wirtschaftliche Entwicklung, Österreich

DOI

10.59288/wug513.316

* Editorials in „Wirtschaft und Gesellschaft“ spiegeln die Debatte und Positionierung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen wider. Als Autor:innen sind die Verfasser:innen des Entwurfs des Editorials genannt.

Als die Ausmaße des Budgetdefizits für 2024 sichtbar wurden, wusste der damalige Bundeskanzler Karl Nehammer rasch die Schuldigen zu benennen. Die Wirtschaftsforschung hätte die Regierung mit zu optimistischen Prognosen zur österreichischen Wirtschaftsentwicklung in die Irre geführt und damit die große Lücke im Budget mitverursacht. Gleichzeitig erhoben marktliberale Ökonom:innen schwere Vorwürfe gegen die Sozialpartner. Diese hätten bei den Lohnverhandlungen im Herbst zu optimistisch in die Zukunft geblickt und „überbordende“ Lohnabschlüsse erwirkt. Prognosen haben zweifellos konkrete Auswirkungen auf aktuelle politische Entscheidungen. Doch was können sie überhaupt leisten und was nicht?

„Prognosen sind unmöglich und unentbehrlich“ – Rothschild (2005) bringt die paradoxe Rolle von Konjunkturprognosen auf den Punkt. Sie sind der Versuch, unter Unsicherheit handlungsfähig zu bleiben. Die zugrunde liegenden Modelle stützen sich auf historische Zusammenhänge, wiederkehrende Muster in Daten und stabiles Verhalten aller Wirtschaftsakteur:innen. Doch diese Muster helfen nur, solange die Rahmenbedingungen nicht ins Wanken geraten. Handelskonflikte, politische Unsicherheit, Kriege, volatile Energiepreise und gestörte Lieferketten machen wirtschaftliche Entwicklungen sprunghaft und schwer fassbar. Für eine offene Volkswirtschaft wie Österreich wird es unter solchen Bedingungen zunehmend schwieriger, Erwartungen zu formulieren, die über die nächsten Monate hinaus Bestand haben. Und dennoch erfordert unser aktuelles Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell professionelle Konjunkturprognosen. Denn jedes zukunftsorientierte Handeln basiert letztlich auf Prognosen, ob nun auf dem Bauchgefühl beruhend oder vorzugsweise empirisch fundiert. Prognosen strukturieren Erwartungen und schaffen Orientierungspunkte, sie fließen in die Haushaltsplanung, in Investitionsentscheidungen und in die Lohnverhandlungen der Sozialpartner ein, kurzum: Sie schaffen Realitäten.

In diesem Editorial diskutieren wir, wie viel Vertrauen man Konjunkturprognosen in Zeiten multipler Krisen noch schenken kann und ob sie weiterhin als Maßstab für politische und gesellschaftliche Entscheidungen dienen sollten. Zunächst werfen wir einen Blick darauf, wie Konjunkturprognosen überhaupt entstehen, hinterfragen aktuelle Messmethoden und analysieren ihren Einfluss auf die österreichische Politik. Anschließend beschäftigen wir uns mit den Ursachen und der Bedeutung aktueller Prognosefehler und stellen Ansätze vor, die der Konjunkturprognostik wieder mehr Glaubwürdigkeit verleihen könnten. Abschließend geben wir einen Ausblick darauf, wie wir alle in Zukunft, gerade in Krisenzeiten, einen verantwortungsvolleren Umgang mit Prognosen finden können.

Konjunkturprognosen: Wer macht sie und was messen sie?

Mehrere Institutionen produzieren regelmäßige Konjunkturprognosen für Österreich. Neben den beiden großen Wirtschaftsforschungsinstituten – dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und dem Institut für Höhere Studien (IHS) – publizieren auch die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) sowie internationale Organisationen wie die Europäische Kommission, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder der Internationale Währungsfonds (IWF) ihre Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage. Aus Sicht der Sozialpartner ist das WIFO aber das zentrale Prognoseinstitut. Alle Sozialpartner sind Teil des WIFO-Vorstands und -Kuratoriums, und die Prognosen gelten in der Regel als Konsens. Die quartalsweise erscheinenden Ausblicke bilden die Grundlage für die Budgetplanung der Bundesregierung und fließen in die Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialpartner ein. Damit prägen sie durch ihre breite mediale Rezeption die öffentliche Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Prognose ist damit nicht nur eine rein fachliche Einschätzung, sondern ein zentrales Steuerungs- und Deutungsinstrument in der österreichischen Wirtschaftspolitik. Aus diesen Gründen steht die Prognose des WIFO im Mittelpunkt dieses Editorials, auch wenn die meisten der angesprochenen Themen für alle Prognoseinstitute gleichermaßen relevant sind.

Im medialen Fokus aller Konjunkturprognosen steht die reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das BIP fasst die gesamtwirtschaftliche Leistung zusammen und gibt an, wie stark die im Inland erbrachte Wertschöpfung im Vergleich zum Vorjahr wächst oder schrumpft – preisbereinigt und damit ohne Verzerrungen durch Inflation. Auch wenn diese Zahl im Mittelpunkt steht, stützt sich die Prognose auf viele weitere Indikatoren. Dazu zählen etwa die Entwicklung des privaten Konsums, der Investitionen, der Exporte und Importe, der staatlichen Nachfrage, der Arbeitslosigkeit, der Verbraucherpreise und der öffentlichen Haushalte. In den vergangenen Jahren wurden außerdem auch Indikatoren zu Ungleichheit und Klima aufgenommen. Erst im Zusammenspiel dieser Größen entsteht ein umfassendes Bild des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands entlang seiner vielen Dimensionen, das in der öffentlichen Debatte aber oftmals sehr verkürzt dargestellt wird.

Die Berechnung der Kennzahlen erfolgt im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Dabei greift das WIFO auf mehrere Datenquellen und Methoden zurück: Es verwendet endgültige Daten sowie vorläufige Schätzungen von Statistik Austria („Flash Estimates“), Stimmungsbilder aus regelmäßigen Unternehmensbefragungen sowie hochfrequente Indikatoren wie den Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI). Diese Informationen werden mithilfe ökonomischer Modelle zusammengeführt, geprüft und plausibilisiert. So entsteht eine konsistente Prognose, die die komplexe Entwicklung der Gesamtwirtschaft abbilden soll (WIFO 2025). Prognosen sind damit aber auch das Produkt von Annahmen,

Vereinfachungen und statistischen Zusammenhängen historischer Daten. Sie orientieren sich wesentlich an der Entwicklung der letzten Jahre und setzen somit implizit voraus, dass sich die Zukunft ähnlich verhält wie die Vergangenheit. Dieses Grundprinzip macht Prognosen in stabilen Zeiten nützlich – in Phasen des Umbruchs aber problematisch. Sobald sich wirtschaftliche oder gesellschaftliche Strukturen verändern, verlieren die Modelle an Aussagekraft. Die scheinbare Präzision einer Zahl darf daher nicht über die Unsicherheit hinwegtäuschen, die in jedem prognostischen Verfahren steckt. Hinzu kommen auch regelmäßige Revisionen von Daten, die oft bereits Jahre zurückliegen und das einstige Konjunkturbild verändern. Zum Beispiel revidiert die Statistik Austria in einem standardisierten Prozedere die Daten zur Wertschöpfung mit einem Abstand von zwei Jahren, wenn endgültige Daten aus der Leistungs- und Strukturerhebung vorliegen. Revisionen aufgrund neu verfügbarer Informationen sind ein Merkmal qualitätsbewusster Statistikbehörden, in der öffentlichen Wahrnehmung lösen sie aber oftmals Unverständnis aus und haben natürlich auch Auswirkungen auf Prognosen.

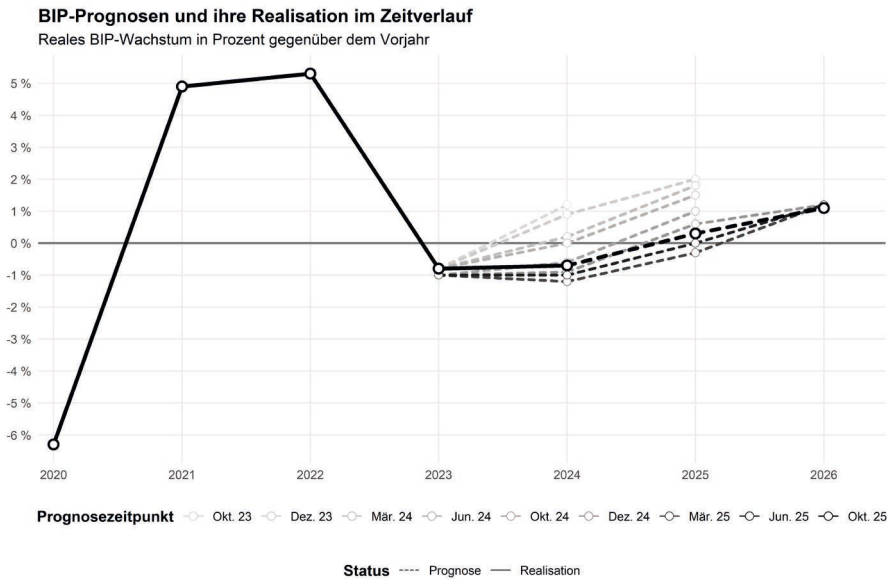
Die Macht von Zahlen: Wie Prognosen wirtschaftliches Handeln beeinflussen können

Prognosen wirken weit über die Fachwelt hinaus. Ihre Zahlen entfalten politische Schlagkraft, weil sie Erwartungen beeinflussen, die Basis für Verhandlungen liefern und Handlungen legitimieren. Genau darin liegt eine Besonderheit der Prognoseforschung: Indem Prognosen Handlungen auslösen, verändern sie selbst zu einem gewissen Grad die wirtschaftliche Realität, die sie ursprünglich nur abbilden wollten. Beispielsweise können optimistische Prognosen auch tatsächlich Optimismus verbreiten und wirtschaftliche Akteur:innen zu zuversichtlichen Handlungen bewegen. Trotzdem sind diesem Spiel enge Grenzen gesetzt, wenn die Glaubwürdigkeit durch zu starke Abweichungen von Prognose und Realität infrage gestellt wird. Zudem gibt es eine Reihe von unvorhersehbaren Entwicklungen, die von niemandem antizipiert werden können. Eine Abweichung von wenigen Zehntelprozentspunkten beim BIP kann allerdings Milliarden im Budget verschieben oder Lohnabschlüsse maßgeblich beeinflussen. Damit prägen Prognosen nicht nur den Diskurs, sondern auch konkrete Entscheidungen – auch dann, wenn sich ihre Annahmen im Nachhinein als unzutreffend erweisen.

In den letzten Jahren kam es aufgrund der unsicheren Rahmenbedingungen zu vermehrten Fehleinschätzungen der nationalen und internationalen Prognoseinstitute. Das WIFO musste seine Konjunkturprognosen in den vergangenen zwei Jahren mehrfach nach unten korrigieren und hat wiederholt eine wirtschaftliche Erholung vorhergesagt, die dann nicht eingetreten ist. Während die meisten Prognosen für 2023 und 2024 ein Wachstum zwischen 1 % und 2 % in Aussicht stellten, rutschte

Österreichs Wirtschaft in eine langanhaltende Rezession (siehe Abbildung 1). Für die Herbstlohnrunde 2023 wurde damals noch ein wirtschaftlicher Aufschwung von +1,2 % im Jahr 2024 prophezeit, der bei den Verhandlungsparteien Zuversicht erzeugte. Doch die tatsächliche Entwicklung wurde später von der Statistik Austria mit -1,2 % errechnet, nach einer rückwirkenden Revision immer noch mit -0,7 %.

Abbildung 1: Die Wirtschaftsprognosen und -entwicklung



Quelle: WIFO-Konjunkturprognosen, Statistik Austria. Daten inkl. der rückwirkenden Revision.

Ein weiteres aktuelles Beispiel für die realen Konsequenzen von Prognosen zeigt sich in der mittelfristigen Haushaltsplanung: Die Bundesregierungen stützen ihre Budgetpfade maßgeblich auf die verfügbaren BIP- und Einnahmenprognosen. Als sich in der zweiten Jahreshälfte 2023 abzeichnete, dass das reale Wachstum deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb, drohte eine Milliardenlücke im Budget mit unmittelbaren Folgen für die Fiskalpolitik. Geplante Maßnahmen wurden verschoben, gestoppt oder neu priorisiert. Dabei war nicht das Prognosemodell der Grund für das Budgetdefizit, sondern das politische Vertrauen in Prognosen als belastbare Planungssicherheit in einem unsicheren Umfeld.

In diesem Sinne sind Prognosen doppelt wirksam: Sie spiegeln nicht nur Erwartungen, sondern erzeugen auch Wirklichkeiten. Diese Wechselwirkung ist unausweichlich, aber sie macht deutlich, wie behutsam und transparent der Umgang mit Prognosen sein sollte. Insbesondere in Zeiten krisenhafter Unsicherheit erfüllen sie dennoch eine wichtige Orientierungsfunktion und bilden eine gemeinsame Diskussionsgrundlage.

Wie kommt es zu Prognosefehlern?

Die wiederholten Abwärtskorrekturen der vergangenen Jahre werfen die naheliegende Frage auf: Wie kommt es zu solch eklatanten Prognosefehlern? Schließlich beruhen die Berechnungen nicht auf bloßen Vermutungen, sondern auf umfangreichen Datensätzen, ökonometrischen Modellen und jahrzehntelanger Erfahrung der Expert:innen. Grundsätzlich sind Prognosen in Zeiten erhöhter Unsicherheit besonders fehleranfällig, und in Krisenjahren fallen nachträgliche Revisionen tendenziell höher aus, weil die statistischen Grundlagen unsicherer sind und sich Entwicklungen abrupt ändern (Kuhn et al. 2024). Der Economic Policy Uncertainty Index (EPU) liefert ein konkretes Bild dieser Unsicherheit: Er misst, wie häufig Begriffe wie „economy“, „policy“ und „uncertainty“ gemeinsam in großen Tageszeitungen vorkommen. Die Methodik basiert auf automatisierten Textanalysen und wurde erstmals von Baker, Bloom und Davis (2016) vorgestellt. Der Index ist so normiert, dass das durchschnittliche Unsicherheitsniveau zwischen 2013 und 2015 einem Wert von rund 100 Punkten entspricht. Im Jahr 2025 liegt der EPU-Index für die USA bei etwa 290 Punkten, jener für Europa sogar bei über 500 (Policy Uncertainty 2025). Diese außergewöhnlich hohen Werte deuten auf ein wirtschaftspolitisches Umfeld hin, in dem Konjunkturprognosen zu einer besonders anspruchsvollen Aufgabe werden.

Schocks wie die COVID-19-Pandemie, der Ukrainekrieg oder die erratische US-Zollpolitik unter Präsident Donald Trump entziehen sich der Logik historischer Regressionsmuster. Wenn sich wirtschaftliche Rahmenbedingungen sprunghaft verändern und die Prognoseunsicherheit gleichzeitig neue Höchststände erreicht, geraten viele Modelle an ihre Grenzen (Bardt et al. 2025). Die wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung muss dann unter Bedingungen erfolgen, für die kaum noch belastbare Erwartungen vorliegen. Das führt zu systematischen Prognosefehlern: Auf- und Abschwünge der Konjunktur werden regelmäßig unterschätzt – ein Muster, das auf die hohe Ähnlichkeit der verwendeten Modelle und Annahmen unterschiedlicher Prognoseberechnungen zurückzuführen ist. Besonders einzelne Komponenten wie der öffentliche Konsum oder die Investitionstätigkeit weisen dabei auffällige und dauerhafte Prognoseabweichungen auf (Schuster 2024).

Eine zusätzliche Herausforderung für die Erstellung von Prognosen liegt in der verzögerten und oft unvollständigen Verfügbarkeit der zugrunde liegenden Datenbasis. Zwar veröffentlichen Statistikbehörden erste Jahreswerte für das BIP bereits im Frühjahr des Folgejahres, doch beruhen diese noch auf unvollständigen Informationen. Wichtige Details wie die eingesetzten Vorleistungen im Produktionsprozess liegen zu diesem Zeitpunkt nicht vor. Sie werden erst zwei Jahre später mit der Leistungs- und Strukturerhebung verfügbar. Bis dahin ist auch die Statistik Austria gezwungen, Annahmen über zentrale ökonomische Relationen auf Basis älterer Daten zu treffen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnungen noch Jahre später rückwirkend revidiert werden können (Dugan/Egenhofer 2025). Dies führt zu einer paradoxen Situation: Prognosen beruhen auf Daten, die selbst vorläufig und revisionsanfällig sind. Die zeitliche Asymmetrie zwischen Prognose und Messwert verzerrt somit jede Ex-post-Bewertung der Prognosegenauigkeit (Scheiblecker 2025). Gerade in wirtschaftlich turbulenten Phasen verschärfen sich diese Effekte noch weiter. Eine beschleunigte Verfügbarkeit der relevanten Wirtschaftsstatistiken, etwa durch frühere Schätzungen auf Basis neuer Datenquellen oder KI-gestützter Methoden, könnte hier etwas Abhilfe schaffen, das Grundproblem jedoch nicht beheben.

Zugleich bleibt ein weiteres grundlegendes Problem bestehen: Wendepunkte werden selten rechtzeitig erkannt, weil die Modelle auf Trägheit und Kontinuität ausgerichtet sind. Das gilt insbesondere für das Wirtschaftswachstum, das sich selbst bei stabilen Rahmenbedingungen nur schwer prognostizieren lässt (Rothschild 2005). Dass sich solche strukturellen Schwächen gerade in jenen Momenten verstärken, in denen Entscheidungen besonders folgenreich sind und die Politik auf Orientierung angewiesen wäre, zeigt die Grenzen des gegenwärtigen Prognoseverständnisses auf.

Kann man Krisen überhaupt prognostizieren?

Gerade bei wirtschaftlichen Umbrüchen – wenn etwa eine Finanzmarktblase platzt oder externe Schocks die ökonomische Dynamik abrupt verändern – zeigt sich, wie begrenzt die Aussagekraft von Prognosen ist. Krisen markieren dabei Brüche im wirtschaftlichen Verlauf, die sich mit den üblichen Instrumenten der Konjunkturforschung nicht erfassen lassen. Und doch besteht ein starkes Bedürfnis von Politik und Öffentlichkeit, Krisen messbar und vergleichbar zu machen, um in Zeiten großer Unsicherheit eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu haben. Eine erste wichtige Erkenntnis liegt in der Unterscheidung, die Frank Knight (1921) einführte und die John Kay und Mervyn King (2020) jüngst wieder aufgegriffen haben: zwischen kalkulierbarem Risiko und fundamentaler Unsicherheit (Lavoie 2022). Manche Unsicherheiten („known unknowns“) lassen sich in Wahrscheinlichkeitsmodellen abbilden – andere („unknown unknowns“) entziehen sich jeder Berechenbarkeit. Gerade in einer Zeit multipler Krisen treten diese radikalen Unsicherheiten immer stärker hervor und machen exakte Vorhersagen nahezu unmöglich.

Die ökonomische Forschung versucht seit Langem, zumindest jene Unsicherheiten zu verstehen, die sich theoretisch erfassen lassen. Doch auch hier zeigt die Literatur: Krisen folgen keinem einheitlichen Muster. So entstehen etwa Spekulationsblasen aus übersteigerter Erwartung und enden abrupt, wenn das Vertrauen kippt – ein Mechanismus, den Hyman Minsky bereits in seiner Financial Instability Hypothesis beschrieben hat (Minsky 1992; Kindleberger/Aliber 2005). Andere

Krisen entstehen schleichend aus strukturellen Fehlentwicklungen – etwa durch technologische Umbrüche, Deregulierung oder Überschuldung – und verlangen mangels Selbstheilungskräften von Märkten politische Korrekturen (Tichy 2020).

Noch schwieriger messbar und prognostizierbar sind die „unknown unknowns“ oder „Black Swans“. Der Begriff stammt aus dem namensgebenden Buch von Nassim Nicholas Taleb, der darunter Ereignisse versteht, die extrem selten und kaum vorhersehbar sind, zugleich aber enorme Auswirkungen haben (Taleb 2007). Ein Beispiel dafür ist die COVID-19-Pandemie, die als globaler Schock nicht nur Gesundheitssysteme, sondern auch Lieferketten, Finanzmärkte und Staatsfinanzen gleichzeitig erschütterte. Solche Ereignisse lassen sich mit klassischen ökonomischen Indikatoren kaum fassen und zeigen, dass Krisen nicht allein in den Bahnen ökonomischer Zyklen verstanden werden können.

Von der Theorie zur Praxis: Zur Messbarkeit der aktuellen Krise in Österreich

Ausgangspunkt der aktuellen Wirtschaftskrise waren die Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Jahr 2022, der einen massiven Anstieg der Energiepreise ausgelöst hat. In der Folge kamen hohe Inflation und steigende Zinsen hinzu, die die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich zusätzlich belasteten. Dass die Krise hierzulande im internationalen Vergleich besonders lang andauernd und tiefgreifend ist, deutet jedoch darauf hin, dass neben diesen äußeren Schocks auch weitere, mitunter schwer quantifizierbare, Faktoren eine Rolle gespielt haben.

Vor diesem Hintergrund wird die aktuelle Situation von einigen österreichischen Wirtschaftsforschenden nicht nur als konjunkturelle Schwäche, sondern zunehmend als „strukturelle Krise“ interpretiert, die nicht nur mit konjunkturellen Schwankungen, sondern mit tieferliegenden Problemen zusammenhängt. Auch das WIFO gelangt in seiner jüngsten Mittelfristprognose zu einem ähnlichen Befund: Für die Jahre 2025 bis 2029 wird ein deutlich schwächeres Wachstum als im Euro-Raum erwartet, bedingt durch „strukturelle Nachteile“ wie höhere Lohnstückkosten, Defizite im Bildungssystem und eine unzureichende Integration auf dem Arbeitsmarkt (WIFO 2025). Neben kurzfristiger Konjunkturbelebung sind somit auch einige mittelfristige Herausforderungen zu meistern. Auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich dies etwa in einem Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit. Vor allem die Integration älterer Arbeitssuchender gestaltet sich schwierig. Auch die nach wie vor traditionelle Rollenverteilung in vielen Familien erschwert die Erwerbsbeteiligung von Frauen, da es an ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten mangelt. Der weiterhin hohe Gender-Pay-Gap verschärft diese Problemlage

zusätzlich. Auch die Industrie steht vor großen Aufgaben: Wie begegnet man etwa der starken Ausrichtung der österreichischen Zulieferindustrie auf den deutschen Automobilmarkt, der ungelösten Abhängigkeit der Energieversorgung von russischem Gas, der schwächelnden Investitionsgüternachfrage, der veränderten Rolle Chinas auf dem Weltmarkt oder dem Rückgang im Bausektor infolge hoher Zinsen?

Die Analyse solcher „strukturellen Indikatoren“ würde zwar keine exakte Vorhersage ermöglichen, könnte jedoch Hinweise für aufsteigende Instabilitätsrisiken liefern. Eine fundierte Risikoanalyse muss deshalb über die reine Wachstumszahl hinausgehen. Was häufig fehlt, ist laut Tichy (2020) eine systematische Berücksichtigung makroökonomischer Ungleichgewichte, die sich schleichend über Jahre hinweg aufbauen. Diese Ungleichgewichte können auch noch zusätzlich durch die Klimakrise verstärkt werden. Sie wird in klassischen Modellen oft nur unzureichend abgebildet, obwohl sie tiefgreifende ökonomische Folgen mit sich bringt. Kim et al. (2024) zeigen, dass Länder, die besonders stark von klimatischen Risiken betroffen sind, tendenziell größere Prognosefehler aufweisen – ein Hinweis darauf, dass externe Schocks nicht nur kurzfristig, sondern auch strukturell zu systematischen Abweichungen führen können. Das WIFO versucht bereits, in seinen Prognosen auf die vorhandenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinzuweisen, und beschreibt zusätzlich das Risikoumfeld, das die Abwärtsrisiken für die vorgestellte Projektion benennt. Dennoch werden in der medialen Berichterstattung und politischen Entscheidungsfindung die Punktprognosen weiterhin als zentraler Referenzwert verwendet.

Wie könnte man mit Prognoseunsicherheit besser umgehen?

Ein möglicher Ansatz wäre, bestehende Risiken nicht nur qualitativ zu beschreiben, sondern auch quantitativ einzuschätzen, z. B. in Form eines Indikators wie des „Economic Policy Uncertainty Index“. Ergänzend zu einem quantifizierten Risikomaß wäre auch eine institutionalisierte Beobachtung struktureller Entwicklungen sinnvoll. Eine regelmäßig durchgeführte Strukturberichterstattung, wie von Tichy (2020) vorgestellt, könnte helfen, ökonomische Verwundbarkeiten frühzeitig sichtbar zu machen – nicht mit dem Anspruch, den exakten Beginn der nächsten Krise zu prognostizieren, sondern schleichende Risikodynamiken zu erkennen, solange noch Zeit für politisches Gegensteuern bleibt. Damit würde eine neue Ebene wirtschaftspolitischer Vorsorge geschaffen, die Prognosen nicht ersetzt, sondern erweitert. Anders als konventionelle Prognosen, die auf kurzfristige Entwicklungen und Mittelwerte fokussieren, würde eine solche Strukturdiagnose die langfristige Stabilität der wirtschaftlichen Fundamentaldaten in den Blick rücken. Sie könnte anzeigen, wo wirtschaftspolitische Korrekturen notwendig sind, auch wenn die

Konjunkturkennzahlen oberflächlich stabil erscheinen. Der Fokus läge damit nicht auf der Treffsicherheit einzelner Werte, sondern auf der Repräsentation der ökonomischen Lage und ihrer potenziellen Störanfälligkeit (Tichy 2020).

Auch die allgemeine Bewertung von Prognosen sollte differenzierter erfolgen. Statt auf Zentimetermaß im Nebel zu setzen, sollte der öffentliche Fokus verschoben werden: Entscheidend ist grundsätzlich nicht, wie nahe die Prognose an der später realisierten Zahl liegt, sondern ob sie im Großen und Ganzen die Richtung trifft, strukturiert Prozesse begleitet und zur Qualität wirtschaftspolitischer Entscheidungen beigetragen hat (Tichy 2020; Rothschild 2005). Die gängige Praxis, Prognosen anhand exakter Abweichungen zu bewerten, folgt einem Ideal, das angesichts der gegenwärtigen Unsicherheiten überzogen wirkt. Der Anspruch, präzise Werte vorwegzunehmen, führt zwangsläufig zu Enttäuschungen. Ein Umdenken bei der Bewertung von Prognosen würde bedeuten, Unsicherheit nicht als Makel, sondern als inhärenten Bestandteil wirtschaftlicher Steuerung anzuerkennen. Das würde nicht nur die Erwartungen an die Prognosegüte realistischer gestalten, sondern auch den politischen Umgang mit Fehleinschätzungen verantwortungsvoller machen.

Prognosen zwischen Orientierung und trügerischer Sicherheit

Prognosen sind immer modellgestützt – und damit wenig mehr als ein Blick in den Rückspiegel. Sie basieren auf Annahmen, die die Vergangenheit fortschreiben. Das macht sie zu nützlichen, aber letztlich begrenzten Instrumenten: Sie können Trends sichtbar machen, aber keine unerwarteten Brüche erfassen. Gerade in Zeiten multipler Krisen zeigt sich, dass Modelle nur so gut sind wie die Annahmen, auf denen sie beruhen – und dass die Zukunft sich selten aus der Vergangenheit fortschreiben lässt.

Prognosen liefern also Orientierung, aber keine Gewissheit. Doch genau dieser Unterschied geht im politischen und medialen Alltag oft verloren. Der präzise Wert, etwa das prognostizierte Wirtschaftswachstum, wird zur scheinbar objektiven Grundlage weitreichender Entscheidungen, obwohl seine Aussagekraft stets mit Unsicherheit behaftet ist. Diese Illusion von Sicherheit birgt Risiken: Wer zu stark auf Punktprognosen vertraut, läuft Gefahr, reale Entwicklungen zu spät zu erkennen oder Fehlentscheidungen zu treffen, weil die Grenzen der Modelle oft nicht ausreichend mitkommuniziert werden. Ein aufgeklärter Umgang mit Prognosen setzt voraus, dass Unsicherheit nicht verdrängt, sondern sichtbar gemacht und systematisch berücksichtigt wird. Die Verantwortung liegt dabei nicht nur bei den Prognoseinstituten, sondern auch bei jenen, die mit den Ergebnissen arbeiten.

Die Auswahl der prognostizierten Indikatoren bestimmt auch das Bild, das wir betrachten. Umso wichtiger ist es, den Blick zu erweitern und die materielle Dimension als eine von vielen zu sehen, die den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand darstellen (Arbeiterkammer Wien 2025). In kleinen Schritten gelingt das bereits, und das WIFO integrierte in den letzten Jahren – auch durch die Mitwirkung der Arbeiterkammer – Indikatoren wie Treibhausgasemissionen, Einkommensungleichheit und Armutsgefährdung in seine Prognosen. Dieser Prozess ist wichtig und muss weiter vorangetrieben werden, um ein vollständiges Bild einer umfassenden Wohlstandsentwicklung skizzieren zu können.

Um Prognosen zukunftsstauglich zu machen, braucht es konkrete Schritte:

- Die allgemeine Bewertung von Prognosen muss reformiert werden: weg von der reinen Treffsicherheit, hin zur Frage nach ihrer politischen Nützlichkeit. Das Gesamtbild einer Prognose sollte dabei stärker in den Mittelpunkt rücken, anstatt sich nur auf einzelne Werte wie das Wirtschaftswachstum zu fokussieren.
- Die gesamtgesellschaftliche Wohlstandsorientierung sollte bei Konjunkturprognosen stärker berücksichtigt werden, denn es ist äußerst relevant, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung für verschiedene Bevölkerungsgruppen oder das Klima auswirkt.
- Die Datenbasis für die Prognosen sollte ausgebaut und die Verfügbarkeit dort, wo es möglich ist, beschleunigt werden. Dazu bedarf es allerdings auch einer gut ausgebauten öffentlichen Dateninfrastruktur und ausreichender Ressourcen bei der Statistik Austria.
- Eine dauerhaft verankerte systematische Beobachtung typischer Krisenindikatoren – etwa in den Finanz- und Gütermärkten – kann dazu beitragen, potenzielle Verwundbarkeiten frühzeitig zu erkennen und die wirtschaftspolitischen Prognosesysteme zu stärken.

Konjunkturprognosen spielen in Wirtschaft und Gesellschaft eine zentrale Rolle: Sie sind Grundlage für politische Entscheidungen und bieten eine gemeinsame Basis für Diskussion und Orientierung. In Krisenzeiten können sie jedoch auch eine trügerische Sicherheit vermitteln. Ihre eigentliche Stärke liegt daher nicht in der exakten Vorhersage, sondern in der transparenten Kommunikation von Unsicherheiten und in der gemeinsamen Einordnung komplexer Entwicklungen.

Prognosen sind letztlich Zahlen, um wirtschaftliche Erwartungen und politische Debatten zu strukturieren. Sie beeinflussen Entscheidungen nachhaltig – von der Budgetpolitik bis zu Lohnverhandlungen. Gerade deshalb ist es entscheidend, ihre Grenzen zu berücksichtigen: Prognosen sind unverzichtbar, aber unvollkommen. Man kann ihre Datengrundlagen verbessern, Modelle erweitern und Unsicherheit sichtbarer machen – gänzlich beseitigen lässt sie sich jedoch nicht. In einer Welt zunehmender Instabilität besteht die eigentliche Aufgabe aller Beteiligten darin,

mit dieser Unsicherheit verantwortungsvoll umzugehen – und sie offen in die gesellschaftliche Diskussion einzubeziehen.

LITERATUR

Arbeiterkammer Wien (2025). AK-Wohlstandsbericht 2025. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17673705/> (abgerufen am 24.10.2025).

Baker, Scott R./Bloom, Nicholas/Davis, Steven J. (2016). Measuring Economic Policy Uncertainty. *The Quarterly Journal of Economics* Volume 131 (4), 1593–1636. <https://doi.org/10.1093/qje/qjw024>.

Bardt, Hubertus/Beznoska, Martin/Demary, Markus/Grömling, Michael/Henger, Ralph/Hentze, Tobias/Hüther, Michael/Obst, Thomas/Pimpertz, Jochen/Schäfer, Holger/Seele, Stefanie (2025). Konjunktur im Desorientierungsstress: IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2025. IW-Report Nr. 22, Köln/Berlin.

Dugan, Anna/Egenhofer, Leonie (2025). Revisionspolitik bei der Berechnung des Quartals-BIP. *STATjournal* Nr. 1, 60–69.

Economic Policy Uncertainty (2025). Economic Policy Uncertainty Index. Online verfügbar unter <https://www.policyuncertainty.com/about.html> (abgerufen am 06.08.2025).

Kay, John/King, Mervyn (2020). *Radical Uncertainty: Decision-Making Beyond the Numbers*. London, The Bridge Street Press.

Kim, Incheol/Lee, Suin/Ryou, Jiwoo (2024). Does climate risk influence analyst forecast accuracy? *Journal of Financial Stability* 75, 101345. <https://doi.org/10.1016/j.jfs.2024.101345>.

Kindleberger, Charles/Aliber, Robert (2005). *Manias, Panics and Crashes. A History of Financial Crises*. London, Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.1057/9780230628045>.

Knight, Frank H. (1921). *Risk, Uncertainty, and Profit*. Boston, Houghton Mifflin. (Neuaufgabe z. B. 1964, University of Chicago Press.)

Kuhn, Michael/Hauf, Stefan/Kuntze, Peter/Janz, Christian/Fries, Claudia/Hater, Arne/Seeger, Daniel/Ammermann, Sascha/Bolleyer, Rita/Schwarz, Norbert/Draken-Gädke, Ferdinand/Schmidt, Pascal/Appler, Felix (2024). Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 2023. WISTA, Heft 5/2024.

Lavoie, Marc (2022). *Post-Keynesian Economics*. New Foundations. Cheltenham/Northampton, Edward Elgar Publishing.

Minsky, Hyman Philip (1992). *The Financial Instability Hypothesis*. Working Paper 74. The Jerome Levy Economics Institute.

Rothschild, Kurt Wilhelm (2005). Prognosen, Prognosen – Eine kleine Prognosendiagnose. *Wirtschaft und Gesellschaft* 31 (1), 125–133.

Scheiblecker, Marcus (2025). Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen, *WIFO-Monatsberichte* 6 (2025), 1–8.

Schuster, Philip (2024). Evaluation of economic forecasts for Austria - An update for the years 2005 to 2023. *Fiskalrat Österreich*.

Taleb, Nassim Nicholas (2007). *The Black Swan: The Impact of the Highly Improbable*. Random House.

Tichy, Gunther (2020). Zur Prognostizierbarkeit von Krisen. Monatsbericht März 2020. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2025). WIFO-Konjunkturprognose. Online verfügbar unter <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-konjunkturprognose/> (abgerufen am 06.08.2025).